

Vor Ort in Europa

Ein Vergleich der EU-Berichterstattung deutscher Qualitäts- und Regionalzeitungen

Regina Vettters

Studien zur europäischen Öffentlichkeit vergleichen meist die Europaberichterstattung von Qualitätszeitungen verschiedener EU-Länder. Das medienvermittelte Europabild der sehr viel häufiger gelesenen Regionalzeitungen bleibt dagegen unberücksichtigt. Der Beitrag vergleicht die allgemeine EU-Berichterstattung von 2002 bis 2005 sowie die journalistische Auseinandersetzung mit der europäischen Verfassungsdebatte im Jahr 2005 in je zwei deutschen Qualitäts- und Regionalzeitungen. Insgesamt führen mangelnde Ressourcen und der häufige Rückgriffe auf Agenturmaterial zu einem Kompetenzgefälle zwischen den Zeitungen. Europa erscheint im Regionalen seltener und farbloser. Auf der anderen Seite bemühen sich die kleineren Zeitungen um einen anderen Blickwinkel, zitieren häufiger Sprecher vor Ort und kreieren damit eine eigene Europaberichterstattung. In der Verfassungsdebatte treten Unterschiede zwischen beiden Medientypen deutlicher zu Tage: Während die „Großen“ pro-europäische Artikel aus allen Winkeln Europas liefern, sind die Regionalzeitungen elitenzentrierter, berichten eklektizistisch und sind bisweilen deutlich skeptischer gegenüber der EU.

Schlagwörter: europäische Öffentlichkeit, Europäische Union, Verfassungsdebatte, Qualitätszeitungen, Regionalzeitungen

1. Einleitung

Während offiziell die 50-jährige Erfolgsgeschichte der europäischen Integration gefeiert wird, sind viele Bürger zusehends skeptischer. Um diese Diskrepanz zu überwinden, wird der Vermittlung europäischer Politik immer größere Bedeutung beigemessen. Die Politik versucht dabei, die Leistungen der Europäischen Union herauszustellen und den Dialog zwischen Bürgern und den EU-Institutionen zu stärken. Im Zuge dessen hat die Europäische Kommission ihre Öffentlichkeitsarbeit weiter professionalisiert und bekundet in einer neuen Kommunikationsstrategie ihr Bemühen, EU-Politik besser zu erklären und transparenter zu machen, wo und warum welche Entscheidungen getroffen werden und wer dafür verantwortlich ist (EU-Kommission, 2006).¹ Auf diese Weise soll die Union stärker legitimiert werden und womöglich zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit beigetragen werden, in der die Europäer miteinander über ihre gemeinsame Zukunft streiten.

Die Wissenschaft begleitet die Formierung einer solchen europäischen Öffentlichkeit seit Jahren und kann mittlerweile auf zahlreiche empirische Analysen aufbauen. Neben einigen Studien zur Darstellung europäischer Politik im Fernsehen (de Vreese, 2001; Lauf/Peter, 2004), basieren die meisten Arbeiten auf der Analyse von Printmedien (Trenz, 2005; van de Steeg, 2004; Brüggemann et al., 2006). Dabei folgt die Forschung jedoch den Denkmustern der Politik, indem sie vor allem die EU-Berichterstattung von Qualitätszeitungen vergleicht. Diese wirken zwar als Leitmedien, werden aber nur von einem eingeschränkten Leserkreis rezipiert. Inwiefern die bisherigen Ergebnisse

1 Zur Diskussion über das und Kritik am Weißbuch zur Kommunikationspolitik siehe Kurpas et al. 2006 und Trenz/Vettters 2006.

auch für die zumindest in Deutschland deutlich stärker verbreiteten Regionalzeitungen zutreffen, wurde bislang kaum überprüft.

Im Folgenden soll die Europaberichterstattung von Regionalzeitungen näher beleuchtet werden. Dabei wird verglichen, inwiefern je zwei deutsche Qualitäts- und Regionalzeitungen in ihren Artikeln und Kommentaren übereinstimmende oder divergierende Darstellungen der EU-Politik vermitteln. Untersucht wird die allgemeine EU-Berichterstattung in den Jahren 2002 bis 2005 sowie speziell die Artikel zur europäischen Verfassungsdebatte während der Ratifizierungsphase vom Herbst 2004 bis zum Sommer 2005. Aufbauend auf einer Übersicht über die bisherige Öffentlichkeitsforschung sowie einem Vergleich von Qualitäts- und Regionalzeitungen werden vor allem quantitative Merkmale der Berichterstattung, wie die Vielfalt der Akteure oder die Bandbreite der Themen, miteinander verglichen. Qualitative Eindrücke aus der Berichterstattung zur Verfassungsdebatte runden den Vergleich ab.

2. Elitenbias der bisherigen Forschung und Erwartungen an eine Unbekannte

Unter europäischer Öffentlichkeit wird allgemein ein Kommunikationszusammenhang verstanden, dessen Akteure, Inhalte und Deutungsmuster zunehmend transnational-europäische Bezüge aufweisen. Der gemeinsame Wahrnehmungshorizont jenseits des Nationalstaats ist der politische Handlungsraum der Europäischen Union. Aus politischer und normativer Perspektive sind mit der Ausbildung einer europäischen Öffentlichkeit Hoffnungen verbunden, die Entwicklung von Demokratie, Konsens und Identität in der EU voranzutreiben und damit das viel zitierte europäische Defizit zu lindern.

Wie sich die europäische Öffentlichkeit entwickelt und strukturiert, ist jedoch umstritten. Während die einen hier lediglich eine Kopie des aus den Nationalstaaten bekannten Gefüges erwarten, gehen andere von der Entstehung einer Öffentlichkeit *sui generis* aus. Das Forschungsfeld bewegt sich zwischen zwei Polen. Die Pessimisten schließen die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit aus, solange es keine gemeinsame Sprache, keine kollektive Identität und keine transnationalen Medien gibt (Grimm 2004; Kielmannsegg, 2003). Für die Optimisten gibt es dagegen geradezu zwangsläufig eine europäische Öffentlichkeit, sofern in einem gemeinsamen Rechtsraum Entscheidungen von europaweiter Gültigkeit und Relevanz getroffen werden (Eder/Kantner, 2002). Zwischen diesen Polen wird ein breites Spektrum von nationalstaatlicher und sich europäisierender Öffentlichkeit konstatiert, für deren Analyse eine ganze Palette von Indikatoren zum Einsatz kommt: angefangen mit der Thematisierung europäischer Inhalte über die Nennung europäischer Sprecher bis zur Rahmung und Bewertung einzelner Themen. Die meisten Studien operieren mit drei Kriterien: gleiche Themen zur gleichen Zeit, gegenseitiges Beobachten und Zitieren der Akteure sowie der Rückgriff auf gleiche Relevanz- und Bedeutungsstrukturen. Manche überprüfen zudem die diskursive Interaktion zwischen den Akteuren (Brüggemann et al., 2006; Tobler, 2006) oder suchen nach Anhaltspunkten für eine gemeinsame europäische Wir-Identität (van de Steeg, 2004).

Untersuchungsgegenstand fast aller Studien sind die Massenmedien, deren Realitätsdarstellung für die meisten Menschen die „wichtigste Quelle für die Orientierung über das aktuelle Geschehen“ darstellt (Kepplinger, 1999: 195). Eurobarometer-Umfragen bestätigen diesen Befund auch für europäische Themen. Auf die Frage, woher sie ihre Informationen über Europa beziehen, nennen 82% der Deutschen den Fernseher, 62% informieren sich über die Tageszeitung und 47% hören Radio. Lediglich Gespräche mit Verwandten, Freunden und Kollegen sind mit 31% neben den Medien noch teilweise

relevant, alle weiteren Informationsquellen sind deutlich nachrangig (EU-Kommission, 2006a: 44). Informationsvermittlung und Diskussion zu europäischen Themen finden also für die Mehrheit der Bevölkerung vorwiegend über die Medien statt. Zeitungen spielen dabei eine wichtige Rolle, insbesondere wenn es um Hintergrundberichterstattungen, Faktenwissen und Interpretationen geht.

Um bei länderübergreifenden Arbeiten möglichst analoge Publikationstypen miteinander zu vergleichen, wurden bislang überwiegend Qualitätszeitungen untersucht, die sich in ihrem inhaltlichen Anspruch, ihrer Leserschaft und ihrem Einfluss innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten ähnelten. Die Bedeutung dieser Zeitungen bemisst sich weniger an der Auflage als an ihrem zentralen Stellenwert im publizistischen System. Obwohl sie zum Beispiel in Deutschland weniger als 10% der Bevölkerung direkt erreichen, fungieren sie als Leitmedien mit meinungsführender Funktion und ermöglichen somit einen gebündelten Blick auf die Themen- und Meinungsvielfalt der politischen Medienöffentlichkeiten (Neidhardt et al., 1998: 23). Neben Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Kultur informieren sich auch Journalisten anderer Medien über Qualitätszeitungen. Nicht selten werden dabei deren Themen übernommen und weiterverarbeitet, so dass der Einfluss der Prestigemedien auf mehrfache Weise über ihren eigentlichen Leserkreis hinaus reicht.

Allerdings verbleibt die Forschung mit dieser Auswahl beim „most-likely-case“, indem sie gerade die Zeitungen der besser informierten und europafreundlichen Eliten auswertet. Dies wird mit dem Argument gerechtfertigt, dass eine homogene Öffentlichkeit ohnehin Fiktion sei und es keine einzelnen Medienprodukte mehr gebe, die für alle und alles zuständig seien (van de Steeg, 2003: 172). Zudem wird die Sektoralisierung von Öffentlichkeit durch unterschiedliche Betroffenheit oder Spezialisierung betont. Statt geographischer oder politischer Grenzen bestimmen demnach Themen und Interessen, wer sich an der Debatte beteiligt (Trenz, 2002). Träger dieser (Teil-)Öffentlichkeit sind jedoch hauptsächlich transnationale Eliten, Experten und spezialisierte Interessensgruppen. Auch wenn die politikfeldspezifischen Teilöffentlichkeiten durch die Vernetzung verschiedener Arenen letztlich wieder die breite Masse ansprechen, ist die Kritik nicht von der Hand zu weisen, dass die Anhänger dieser Idee sich hier „von der Vorstellung einer *demokratischen* europäischen Öffentlichkeit verabschieden und ein Plädoyer für eine Eliten-Öffentlichkeit formulieren, die allerdings um zivilgesellschaftliche Akteure erweitert ist“ (Gerhards, 2001: 15).

Es bleibt also fraglich, ob die an den Qualitätszeitungen orientierte Forschung das medienvermittelte Europabild der breiteren Massen erfasst. Schließlich informieren sich fast zwei Drittel aller Deutschen vor allem über Regionalzeitungen (Schulz, 1999: 405). Die sind zwar meist an ihren Erscheinungsort gebunden, decken aber inhaltlich durchaus eine breite Themenpalette ab. Kleinere Zeitungen, die sich keine eigenen Redaktionen für alle überregionalen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen leisten können, nutzen oftmals Zusammenschlüsse, um sog. Kopfblattausgaben zu produzieren, bei denen ein gleicher überregionaler Mantel mit verschiedenen, spezifisch ausgestalteten Lokalseiten verknüpft wird. Die politikwissenschaftliche Bedeutung von Lokalzeitungen für das Gemeinwesen sowie die publizistischen Merkmale von Lokalseiten, beispielsweise der Hang zu Hofberichterstattung und Verlautbarungsjournalismus, sind umfassend untersucht worden (Kurp, 1994; Neller, 1999). Über Leistung, Rolle und Selbstverständnis der überregionalen Politik- und vor allem Auslandsberichterstattung von Regionalzeitungen ist dagegen nur wenig bekannt. Adam und Berkel stellen in einem Vergleich der Produktionsbedingungen der *Leipziger Volkszeitung* auf der einen und der *Süddeutschen Zeitung* und *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf der anderen Sei-

te fest, dass die Ressourcen zur Europaberichterstattung der Regionalzeitung begrenzt sind, sie weniger in das Brüsseler Korrespondentennetzwerk eingebunden und mithin weniger aktiv sind, wenn es um europäische Themen geht (Adam/Berkel, 2004). Auch Studien zu den Erwartungen an und Einflussfaktoren von Zeitungen in Grenzregionen deuten an, dass es eher geringe Verflechtungen mit den europäischen Nachbarstaaten gibt und Sprach- und Kapazitätsprobleme der Redaktionen den transnationalen Austausch behindern (Tenscher/Schmidt, 2004; Roose, 2006).

Es bleibt daher offen, inwieweit die bisherigen Ergebnisse der europäischen Öffentlichkeitsforschung verallgemeinert werden können bzw. inwiefern sich verschiedene Zeitungstypen in der Darstellung europäischer Politik unterscheiden. Ausgehend von der sog. Leitfunktion der Qualitätsmedien ist zu vermuten, dass Regionalzeitungen sich zwar an den „Großen“ orientieren, aufgrund ihrer Ressourcen aber nicht in der Lage sind, ähnliche Ansprüche an Umfang und Qualität der EU-Berichterstattung zu erfüllen. Bedenkt man, dass diese Zeitungen „vor allem wegen des Lokal- bzw. Regionaltails gelesen“ werden (Schulz, 1999: 406), besteht dazu auch keinerlei Notwendigkeit. Dank dieser anderen Erwartungshaltung ihrer Leser könnten Regionalzeitungen sich auch als bewusste Alternative zu den Qualitätszeitungen verstehen. D. h. sie könnten sich sowohl in der Themensetzung als auch in ihren Kommentaren in eine andere Richtung entwickeln und beispielsweise vornehmlich Inhalte aufgreifen, die auch regionale Bedeutung haben. Während bei vielen internationalen Themen ein direkter Bezug kaum herzustellen ist, könnte eine aktive Regionalzeitung in der Europaberichterstattung versuchen, die direkte Relevanz für den lokalen Raum darzustellen. Allerdings setzt auch dies ein hohes Maß an Kenntnissen über europäische Politik voraus und damit einhergehend die nötigen Mittel, sich dieses Know-how zu leisten.

Ausgangspunkt der folgenden Untersuchung ist die zentrale Annahme der europäischen Öffentlichkeitsforschung, dass die Europäisierung öffentlicher Auseinandersetzungen in den nationalen – und damit auch in den regionalen – Öffentlichkeiten beginnt. Insofern gilt es, nach europäischen Themen und Akteuren in der Berichterstattung zu suchen. Im Vergleich von Qualitäts- und Regionalzeitungen sollen die Spezifika verschiedener Zeitungen, insbesondere der Regionalpresse, herausgearbeitet werden. Aufgrund der Fallauswahl von je zwei Zeitungen kann es dabei zwangsläufig nur um eine Exploration möglicherweise typischer – weil beispielsweise strukturell bedingter – Kennzeichen und Faktoren der Europaberichterstattung gehen. Auf diese Weise können auch Probleme der Vergleichbarkeit der Regionalpresse unterschiedlicher Mediensysteme zunächst umgangen werden.² Weiterführende Studien sollten prüfen, inwiefern die Europaberichterstattung deutscher Regionalzeitungen denen anderer europäischer Länder entspricht.

3. Sampling und Methode

Das Sample wurde im Rahmen des ESF-Projekts „European Constitution-Making Contextualised: The relationship between the emerging EU-polity and its social constituency“ an der Humboldt-Universität zu Berlin erhoben. Die Artikel wurden mit

2 So hat die föderale Struktur der Bundesrepublik zu einem starken Ausbau der regionalen Presse geführt (vgl. Strohmeier, 2004: 236). In anderen Ländern wiederum sind die Regional- und Lokalzeitungen ausschließlich für Regionales zuständig und überlassen die Vermittlung nationaler Nachrichten anderen Medien. Dies erschwert den Vergleich von Regionalzeitungen verschiedener Länder.

Hilfe standardisierter Schlüsselwörter aus verschiedenen elektronischen Datenbanken zusammengetragen. Mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) wurden zwei führende Qualitätszeitungen Deutschlands ausgewählt, die sich politisch einmal dem eher konservativen und einmal dem eher links-liberalen Spektrum zuordnen lassen. Durch die Wahl der *Stuttgarter Zeitung* und der *Sächsischen Zeitung* wurde das Spektrum zudem um eine Ost-West-Auswahl ergänzt, mit der ebenfalls beide politischen Richtungen abgedeckt werden.³ Bei den Regionalzeitungen war zudem wichtig, zwei ähnlich bedeutende Publikationen zu wählen (beide sind in ihren jeweiligen Bundesländern führend), die einen gewissen Anteil an regelmäßiger Europa-berichterstattung und damit auswertbarem Untersuchungsmaterial gewährleisten und deren Artikel über vergleichbare Datenbankabfragen für die Analyse gewonnen werden konnten. Es ist anzunehmen, dass die noch darzustellenden Schwierigkeiten im Umgang mit europäischer Politik bei kleineren Regionalzeitungen noch gravierender sind.

Für die allgemeine EU-Berichterstattung wurde von 2002 bis 2005 je eine konstruierte Woche, d. h. je ein zufällig ausgewählter Montag, Dienstag usw. pro Jahr, ausgewertet (Lacy et al., 2001). Für die Ratifizierungsphase der europäischen Verfassung wurden die Daten in drei Schlüsselphasen unterteilt, welche die feierliche Unterzeichnung des Verfassungsvertrags (15. Oktober bis 15. November 2004), das erste Referendum in Spanien (1. Februar bis 31. März 2005) sowie die Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden (1. Mai bis 15. Juni 2005) abdecken. Dabei wurde nur jeder zweite Artikel der Qualitätszeitungen codiert.⁴

Anders als die überwiegende Zahl der Öffentlichkeitsstudien, die mit Inhalts- und Rahmenanalysen arbeiten, wurden die Zeitungen mittels der Claimsanalyse ausgewertet. Die Methode wurde aus der Forschung zu sozialen Bewegungen entwickelt, um die Dynamiken der Medien als primäre Arenen der politischen Auseinandersetzung greifbar zu machen. Ein Claim ist definiert als ein Ausdruck einer politischen Meinung durch physische oder verbale Aktionen, unabhängig von der Form bzw. vom Anlass ihres Ausdrucks (Statement, Demonstration, Entscheidung, Gerichtsurteil, Repression etc.) und unabhängig vom Akteur (Medien, Regierungen, zivilgesellschaftliche Akteure)“ (Pfetsch/Koopmans, 2006: 182; vgl. auch Koopmans/Statham, 1999). Tabelle 1

3 Die liberal-konservative FAZ hat eine Auflage von rund 371.000 Exemplaren. Die links-liberale SZ ist mit einer Auflage von über 446.000 Exemplaren die größte überregionale Abonnement-Tageszeitung Deutschlands. Die *Stuttgarter Zeitung* hat eine Auflage von 219.000 Exemplaren und wird in ganz Württemberg gelesen, sie gilt ebenfalls als eher konservativ. Die *Sächsische Zeitung* ist als Zeitung des Bertelsmann-Tochterverlags Gruner + Jahr sowie eines Medienbeteiligungsunternehmens der SPD eher sozialdemokratisch ausgerichtet. Mit 294.000 verkauften Exemplaren ist sie die auflagenstärkste Zeitung in Dresden (IVW – Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. 2006).

4 Die Einschränkung wurde nötig, da im gesamten Projekt zusätzlich auch die Verfassungsdebatte in französischen Qualitätszeitungen codiert wurde. Sämtliche Zeitungsartikel wurden während einer 60-tägigen Codierphase von einer Gruppe aus 12 geschulten Codierern erfasst. Die Codierer verfügten über Grundkenntnisse der EU-Integration und wurden in einer dreitägigen Schulung vorbereitet. Während der gesamten Datenerfassung wurden die Codierer durch Projektmitarbeiter angeleitet und überprüft. Strittige Fragen wurden zudem täglich im gemeinsamen Plenum aller Codierer, die gemeinsam in einem Computerlabor arbeiteten, diskutiert, um gemeinsame Standards festzulegen. Regelmäßige Arbeitsprotokolle sowie der Austausch untereinander sorgten zusätzlich für Reliabilität zwischen den Codierergebnissen. Weitere Informationen zum Codebuch sind unter <http://www2.rz.hu-berlin.de/struktur/constituency/index.htm> auf der Homepage des Projekts zu finden. Alle in diesem Artikel zitierten Zeitungsartikel stammen aus dem Sample.

liefert eine Übersicht über die Größe des Samples und die Anzahl der als Codiereinheit fungierenden Claims.

Tabelle 1: Anzahl der codierten Artikel und Claims

Thema & Zeitung	FAZ		SZ		Stuttgarter		Sächsische	
	Artikel	Claims	Artikel	Claims	Artikel	Claims	Artikel	Claims
EU-Berichterstattung 2002 – 2005	274	473	208	397	126	219	72	117
Verfassungsdebatte 2004/2005	152	450	112	282	90	272	96	316
Gesamt	426	923	320	679	216	491	168	433
Claims pro Artikel		2,2		2,1		2,3		2,6

Die Claimsanalyse erfasst also nicht nur Äußerungen, sondern auch Handlungen, wodurch das gesamte Spektrum öffentlicher Auseinandersetzungen abgebildet wird. Im Idealfall werden z. B. über die Erfassung von Adressaten auch Interaktionen und Verflechtungen sichtbar. Allerdings ist die Fallzahl in der hier vorliegenden Auswertung für die Regionalzeitungen zu klein, um verwertbare Schlüsse daraus zu ziehen. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich daher weitgehend auf Kategorien, die auch in anderen Studien zur europäischen Öffentlichkeit untersucht wurden. Dazu gehören formale Merkmale aller Artikel ebenso wie sämtliche Informationen der hier als Untersuchungseinheit geltenden Claims. Dies umfasst jeweils den Akteur, der seiner politischen Meinung Ausdruck verleiht, sowie dessen Funktion, nationale Herkunft und politische Zugehörigkeit; hinzu kommen das Thema, die Begründung für die geäußerten Forderungen sowie die politische Ebene, auf die Bezug genommen wird (z. B. regional, national oder europäisch).

Um die quantitativen Daten um einige qualitative Eindrücke zu ergänzen, wurde ein Teil des Verfassungssamples nachträglich qualitativ ausgewertet. Ausgewertet wurden alle Artikel, die einen Bezug zu Frankreich und der dortigen Debatte aufwiesen – sei es durch Sprecher, Adressaten oder Themen. Mit dieser Auswahl wird einerseits der besonderen Situation Frankreichs Rechnung getragen, in der die Bürger direkt entscheiden durften und sich dadurch sehr viel stärker an der öffentlichen Diskussion beteiligten. Zum anderen erlaubt gerade dieser polarisierte Ausschnitt der Debatte einen Vergleich von Deutungen und Kommentaren zwischen Qualitäts- und Regionalzeitungen. Die rund 160 ausgewählten Beiträge wurden mit *Atlas.ti* codiert. Dabei wurden alle wertenden Aussagen (hier von Journalisten) zur europäischen Integration und der EU-Verfassung sowie deren Analysen zu den Motiven von Befürwortern und Gegnern des Verfassungsvertrags erfasst.

4. Korrespondenten oder Agenturmaterial: Das Problem der Ressourcen

Schon die Anzahl der Artikel macht Unterschiede in der Europaberichterstattung der Zeitungen deutlich. *SZ* und *FAZ* berichten klar häufiger über die EU als die beiden Regionalzeitungen, wobei die *FAZ* EU-Themen mehr Platz einräumt als alle anderen und die *Sächsische Zeitung* das Schlusslicht bildet. Allerdings spiegeln sich hier wohl weniger die Interessen als die Ressourcen der Redaktionen wider. Die *FAZ* ist mit fünf EU-Korrespondenten am besten ausgestattet, in der *SZ* berichten drei Korrespondenten

regelmäßig aus Brüssel (vgl. Adam/Berkel, 2004: 2). Die *Stuttgarter Zeitung* und *Sächsische Zeitung* haben dagegen nur jeweils einen Korrespondenten, der auch noch andere Zeitungen mit Artikeln aus Brüssel beliefert. Kommentare werden in allen vier Zeitungen von den Korrespondenten und von den Heimatredakteuren geschrieben.

Der Mitarbeiterzahl entsprechend stammen etwa 80% aller EU-Artikel der beiden großen Zeitungen von eigenen Redakteuren, hinzu kommen Beiträge von Gastautoren sowie externe Kommentare und Leserbriefe. Auf Agenturmaterial greifen *FAZ* und *SZ* nur in 6% bzw. 8% aller Fälle zurück. Bei der *Stuttgarter Zeitung* und der *Sächsischen Zeitung* kommt dagegen sowohl in der allgemeinen EU-Berichterstattung als auch während der Verfassungsdebatte fast ein Viertel aller Artikel von Nachrichtenagenturen.⁵ Dies hat Auswirkungen auf die Inhalte der Berichterstattung: Agenturen schreiben in der Regel nachrichtlicher und konzentrieren sich auf die wesentlichen Fakten eines Ereignisses. Die eigene Berichterstattung der Qualitätszeitungen lässt dagegen mehr Raum für subjektive Eindrücke, Wertungen und Erklärungen. Hinzu kommt, dass in den Qualitätszeitungen ein größerer Anteil der Europaberichterstattung aus Kommentaren und Leitartikeln besteht. Im EU-Alltag sind es 15% aller Artikel, innerhalb der Verfassungsdebatte melden sich *FAZ* und *SZ* sogar in über 30% ihrer Beiträge kommentierend zu Wort. Bei den beiden Regionalzeitungen machen Kommentare nur 8% bzw. 20% der EU-Berichterstattung aus. Dies steht im Einklang mit den bereits zitierten Ergebnissen von Journalisteninterviews, wonach in Regionalzeitungen bei Kommentaren häufiger nach einem lokalen Bezug gesucht wird, während sich Qualitätszeitungen zu allgemeinen politischen Großthemen äußern (Adam/Berkel, 2004: 22).

Insgesamt sind Regionalzeitungen also schlechter darauf vorbereitet, über europäische Politik zu berichten. Es fehlt an Spezialisten, um die oft schwer verständlichen politischen Prozesse verstehen, erklären und einordnen zu können. Noch schwerer dürfte die fehlende Anbindung an ein Netzwerk in Brüssel wiegen, wo viele Informationen im persönlichen Austausch zwischen Journalisten verschiedener Länder oder in vertraulichen Gesprächen mit EU-Beamten weitergegeben werden (Meyer, 2003). Exklusive Informationen sind daher in den Regionalzeitungen selten. Ohne diese Extras nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass das politische Tagesgeschäft der Union samt seiner Suche nach Kompromissen, technisch anmutenden Entscheidungen und der fehlenden Prominenz der beteiligten Akteure den Lesern besonders uninteressant und langweilig erscheint. Das Interesse an der EU nimmt dadurch eher noch ab, wobei offen ist, inwiefern überhaupt eine Nachfrage nach solchen Informationen innerhalb der Leserschaft besteht.

5. Ähnliche Akteure im Alltag, aber elitäre Verfassungsdebatte im Regionalen

Akteurskonstellationen gelten in mehrfacher Hinsicht als wichtige Indikatoren: Die Akteursvielfalt gibt Hinweise auf die Offenheit der Auseinandersetzungen für Stimmen aus verschiedenen Richtungen von Politik und Zivilgesellschaft. Die Herkunft der Sprecher zeigt zudem, inwiefern es eine Verschränkung zwischen den verschiedenen nationalen Arenen gibt und ob ausländische Sprecher als legitime Diskussionssteilnehmer betrachtet werden.

Grundsätzlich orientieren sich alle Zeitungen in ihrer Europaberichterstattung stark

5 Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Samples: In der Verfassungsberichterstattung vertraut die *Sächsische Zeitung* zu 37% auf Agenturmaterial, in der Europaberichterstattung dagegen zu 19%; bei der *Stuttgarter Zeitung* ist es entgegengesetzt, die Anteile schwanken zwischen 17% und 25%.

an den Hauptakteuren der Politik. Bei den allgemeineren EU-Themen stammen in beiden Zeitungstypen zwischen 66% und 77% aller Claims von etablierten politischen Akteuren. Etwaige Unterschiede zwischen den Anteilen der verschiedenen Akteure aus Parlament, Kommission, nationalen Regierungen, aber auch Journalisten und zivilgesellschaftlichen Gruppen lassen sich dabei nur bedingt entlang der Trennlinie Qualitäts- oder Regionalzeitung kategorisieren. Zum einen gibt es viele Übereinstimmungen zwischen allen Zeitungen hinsichtlich der Schwankungen zwischen beiden Samples. Zum anderen zeigt die Berichterstattung der *Stuttgarter Zeitung* mehrfach Übereinstimmungen mit der *Süddeutschen* und unterstreicht damit ihr Bestreben, eine „Regionalzeitung mit überregionalem Qualitätsanspruch“ zu sein. Bei den Anteilen regionaler und lokaler Akteure gibt es indes klare Parallelen zu den Sachsen: Während sie in den beiden Regionalzeitungen im Mittel mehr als ein Viertel aller Sprecher ausmachen, sind es nur knapp 6% bei den Qualitätszeitungen.⁶

Tabelle 2: Detaillierte Akteursverteilung

Akteure	FAZ		SZ		Stuttgarter		Sächsische	
	Anteil EU-Alltag	Anteil Verfassung						
Nationale Regierungen	31,2%	28,5%	33,8%	30,2%	23,3%	33,6%	34,4%	38,1%
Parlament & Parteien	6,4%	25,5%	7,0%	16,6%	12,7%	22,6%	0,8%	28,6%
EU-Kommission	13,9%	4,5%	16,7%	4,0%	16,9%	3,9%	9,2%	4,1%
EU-Parlament	5,6%	5,4%	7,5%	5,4%	6,8%	8,2%	4,2%	8,3%
Andere Politiker	11,6%	8,3%	10,6%	9,0%	13,1%	8,6%	13,4%	2,5%
Medien/Journalisten	9,6%	11,2%	8,9%	14,7%	8,1%	5,5%	14,3%	5,4%
Wissenschaft/Experten	8,3%	5,8%	3,1%	5,0%	3,0%	5,5%	1,7%	4,0%
Zivilgesellschaft	13,5%	11,4%	12,3%	15,1%	15,7%	12,1%	21,8%	9,0%
Fallzahl (N)	533	447	414	278	236	256	119	241

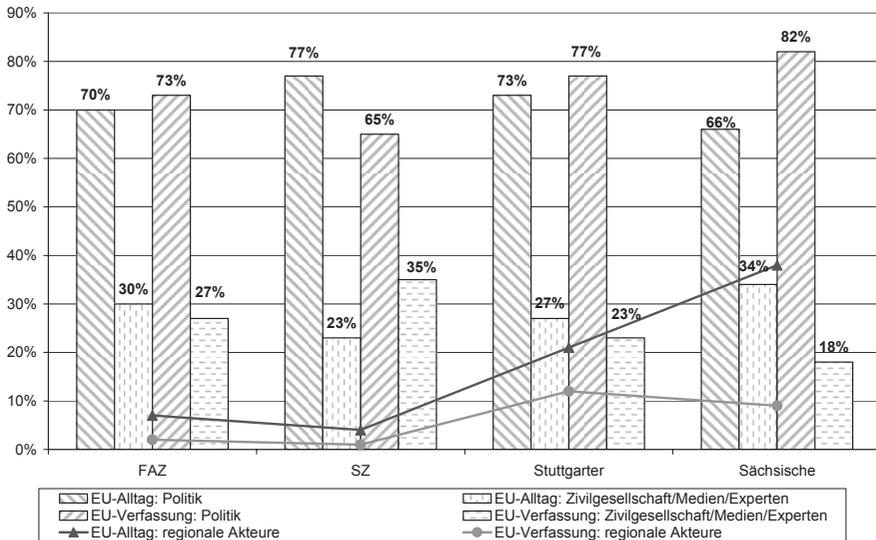
In der Verfassungsdebatte ist dieses Differenzierungsmerkmal allerdings schon wieder weniger ausgeprägt, da der Anteil der lokalen und regionalen Akteure bei beiden Regionalzeitungen stark abnimmt. Dabei geht der sinkende Anteil von Sprechern aus dem direkten Umfeld vor allem zu Lasten der Zivilgesellschaft⁷ und anderen Akteuren, wie

6 Etwa 8 Prozentpunkte der regionalen und lokalen Akteure gehen auf Journalisten zurück. Auch ohne diesen Medieneinfluss bleibt der Anteil regionaler Akteure jedoch höher als in den Qualitätsmedien.

7 Dazu gehören Gewerkschaften, Kirchen, Bauernverbände und andere Interessensgruppen, Organisationen für Konsumenten, Migranten, Menschenrechts- und Umweltgruppen oder pro- und antieuropäische Initiativen.

Journalisten, Experten, Wirtschaftsverbänden oder Einzelpersonen. Sie machen nur noch etwa ein Fünftel aller Akteure aus, während sie bei den „Großen“ etwas konstanter durchschnittlich 30% ausmachen. So ist der Anteil etablierter politischer Akteure während der Verfassungsberichterstattung in den beiden Regionalzeitungen höher als in den Qualitätszeitungen. Als Extreme stehen sich die *Süddeutsche* und die *Sächsische Zeitung* gegenüber. Während bei den Münchenern rund 35% aller Sprecher außerhalb des politischen Institutionensystems stehen, sind es bei den Dresdenern nur 18%. Bei den allgemeinen EU-Berichten ist dagegen gerade die *Sächsische Zeitung* das Medium mit dem höchsten Anteil nicht-staatlicher Akteure (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Anteil von Akteursgruppen und Anteil regionaler Akteure



Offenbar hängt es von der Beschaffenheit des Themas ab, wie die Zeitungen berichten. Dem Alltag aus Marktregulierungen, Kartellrechtsentscheidungen oder Diskussionen über EU-weite Verbraucherschutzinitiativen begegnen alle mit ähnlichen Routinen. Politische Entscheidungen samt der Reaktionen von betroffenen Unternehmen, Interessensverbänden oder Lobbygruppen erreichen die Redaktionen per Pressemitteilung, durchlaufen vergleichbare Muster der Nachrichtenwert-gesteuerten Auswahl und werden ähnlich dargestellt. Die Qualitätszeitungen berichten zwar häufiger und oft auch ausführlicher als ihre regionalen Pendanten, aber im Kern werden ähnliche Bilder der EU gezeichnet. Den beiden Regionalzeitungen gelingt es möglicherweise durch die verstärkte Wahl von Sprechern aus der Region, die unmittelbare Relevanz der Geschehnisse besser aufzuzeigen. Die *FAZ* lässt stattdessen mehr Experten zu Wort kommen, die größere Zusammenhänge darstellen und erklären.

In der Verfassungsdebatte scheinen diese Mechanismen nicht zu greifen. Da die direkte Betroffenheit der institutionellen Regelungen abstrakter ist, wird das gewohnte Spiel aus Rede und Gegenrede unterbrochen. Aus Dresdener Sicht sind die in Madrid, Paris oder Brüssel getroffenen Entscheidungen über die Zukunft der Union weit weg. Die *Stuttgarter Zeitung* hat es durch das Wirken ihres ehemaligen Ministerpräsidenten

Erwin Teufel im Europäischen Konvent sowie der Grenzlage zum EU-Gründungsland Frankreich etwas leichter, eigene Bezüge herzustellen. Kontinuierlich vor Ort sind aber nur die großen Zeitungen, deren Korrespondenten sich nicht zwischen den weiterhin anfallenden täglichen Entscheidungen und den großen Debatten aufreiben müssen und die auch in verschiedenen Mitgliedstaaten auf die Stimme der Bürger achten können. Dadurch sind die sog. Elitenzeitungen während der Verfassungsdebatte letztlich offener für Stimmen außerhalb des politischen Mainstreams. Allerdings lassen sich die Unterschiede nur zum Teil auf zivilgesellschaftliche Akteure zurückführen. Hinzu kommen Journalisten, die in Kommentaren und Leitartikeln in die Debatte eingreifen. In den Qualitätszeitungen machen sie fast 13% aller Äußerungen aus, in den Regionalzeitungen kaum mehr als 5%. Allerdings geben die *Stuttgarter* und die *Sächsische Zeitung* der innenpolitisch agierenden Opposition innerhalb der Verfassungsdebatte mehr Raum, ihre Forderungen und Kritik zu äußern. Beispielsweise kommt die PDS – anders als in den Qualitätszeitungen – in beiden Regionalzeitungen mehrere Male zu Wort. Ihre Kritik kann von den Heimatredakteuren abgedeckt werden, ohne dass ein tiefgründiges Eintauchen in die politischen Prozesse der Europäischen Union nötig würde.

6. Nationaler und eklektizistisch: Momentaufnahmen der europäischen Nachbarn

Während die Regionalzeitungen also auch die Innenpolitik im Blick haben, neigen die Qualitätszeitungen eher dazu, diese Auseinandersetzungen zu übergehen und sich stärker den Diskussionen in den europäischen Nachbarstaaten zu widmen. Daraus ergeben sich unterschiedliche Anteile deutscher Akteure: Im EU-Alltag sind es 49% bei den Regionalzeitungen und 40% bei den Qualitätszeitungen, innerhalb der Verfassungsdebatte liegen die Regionalen mit 41% rund fünf Prozentpunkte über der *FAZ* und der *SZ*.

Im Tagesgeschäft geht die stärkere nationale Fokussierung der Regionalzeitungen zu Lasten der Einbindung internationaler Stimmen außerhalb der EU. In der Verfassungsdebatte besteht der wesentliche Unterschied im Anteil französischer Akteure: In der *FAZ* und *SZ* kommen 27% bzw. 22% aller Sprecher aus Frankreich, in der *Stuttgarter* sind es 17% und in der *Sächsischen* keine 10%. Bei den „Großen“ treten zudem viele unterschiedliche französische Sprecher auf, während sich die Regionalzeitungen stark auf die prominentesten französischen Politiker konzentrieren. Spanier und Niederländer, die ebenfalls über die Verfassung abstimmen, sind in den Regionalzeitungen dagegen etwas stärker vertreten. Insgesamt geht die Berichterstattung der beiden kleineren Blätter eher in die Breite als dauerhaft die Geschehnisse und Debatten eines Landes zu verfolgen und kontinuierlich darüber zu berichten. Wiederum spielen Ressourcen eine Rolle. Die *FAZ* und *SZ* können auf Korrespondenten vertrauen, die ihre Themen fortdauernd verfolgen und auch abseits der aktuellen Nachrichten Reportagen und Hintergrundberichterstattung liefern. Die Regionalzeitungen setzen auch hier teilweise auf Agenturmaterial; zudem fehlt es an Zeilenplatz, um täglich mehrere Auslandsthemen vertiefen zu können.

7. Ähnliche Themen und Deutungen in allen Zeitungen

Trotz der Unterschiede bei Artikelanzahl und Akteurskonstellationen sind die Themen der Zeitungen recht ähnlich. Zwar gibt es auch hier eine Tendenz der Regionalzeitungen, Themen mit nationaler Relevanz gegenüber genuin europäischen Fragen zu bevorzugen und lokale und regionale Aspekte verstärkt zu berücksichtigen, dennoch werden insgesamt vergleichbare Prioritäten gesetzt. Rund 40% der allgemeinen EU-Berichterstattung

beschäftigen sich mit ökonomischen Fragen und dem Binnenmarkt der Gemeinschaft. Den zweitgrößten Themenkomplex macht mit 10% bis 15% die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus. Weitere Themen sind die Beziehungen innerhalb der EU, die Erweiterung sowie Fragen der inneren Sicherheit und Justiz. Sowohl Anteile als auch Reihenfolge der unterschiedlichen Themen sind bei allen Zeitungen ähnlich. Dies gilt auch für die Verfassungsdebatte, in der vor allem prozedurale Fragen rund um die Ratifizierung im Vordergrund stehen. Alle vier Zeitungen berichten kontinuierlich über neue Umfrageergebnisse und die sich darin ankündigende Möglichkeit einer Ablehnung. Zustimmung und Ablehnung zum Verfassungsvertrag halten sich in etwa die Waage und gehören neben den Konsequenzen der Referenden zu den häufigsten Themen. Bei den Regionalzeitungen gibt es einen leichten Überhang der Verfassungsgegner, bei den Qualitätszeitungen Vorteile für die Befürworter. Darüber hinaus bleiben auch in der Verfassungsdebatte der gemeinsame Binnenmarkt, die Erweiterung und insbesondere der mögliche Beitritt der Türkei in allen Zeitungen virulente Themen.

Auch in Art der Thematisierung und den Analysen der Journalisten gibt es zwischen den Zeitungen viele Ähnlichkeiten. Hierzu ist die Verfassungsdebatte auf Argumentationsweisen und Bewertungen untersucht worden. Dies bietet sich an, da hier sowohl ein zusammenhängender Zeitraum als auch ein einzelnes Thema als kohärente Fallstudie überprüft werden kann. Um das Thema noch stärker zu fokussieren und zugleich die Artikelanzahl einzugrenzen, wurde nur die Berichterstattung mit einem Bezug zur französischen Verfassungsdebatte, sei es durch Akteure, Themen oder Adressaten, ausgewertet.⁸

Als im März 2005 die Stimmung zu kippen drohte und die Verfassungsgegner erstmals in den Meinungsumfragen vorne lagen, zählen alle vier Blätter die gleichen Ursachen auf: Der Skandal um den zurückgetretenen Wirtschaftsminister Gaymard, der sich seine teure Wohnung im Herzen Paris' aus Steuergeldern hatte bezahlen lassen, die hohe Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit sowie der Ärger über die als neoliberal kritisierte Dienstleistungsrichtlinie. Der „polnische Klempner“, der in Frankreich zum Inbegriff der Bedrohungen wurde, denen sich die Menschen durch die Osterweiterung ausgesetzt sehen, wird ebenfalls in allen Zeitungen angeführt. An ihm versinnbildlichen sich die Ängste vor Arbeitsplatzverlagerungen, Globalisierung und dem Ende des französischen Sozialmodells. Ferner ist in sämtlichen Zeitungen der Unmut der Franzosen gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei ein Thema. Schließlich gehen alle hart mit der französischen Regierung ins Gericht, in deren Unbeliebtheit eine weitere Ursache für die Ablehnung der Verfassung gesehen wird.

Vor allem die SZ sieht in der Entfremdung des französischen Volks und seiner Eliten *das* zentrale Moment der Verfassungsgegner. Schon vor dem Referendum schreibt sie: „Ein gerüttelt Maß an Schuld daran, dass die Franzosen, wie es jetzt allen Anschein hat, die ‚Europäische Verfassung‘ ablehnen werden, trägt aber auch die eigene Regierung, der in der Vergangenheit ‚Europa‘ stets als ein bequemer Sündenbock diente, um von eigenen Versäumnissen und Unzulänglichkeiten abzulenken. (...) Außerdem plagt viele Franzosen das verständliche Verlangen, eine zutiefst unpopuläre Regierung abzustrafen“ (SZ, 27.05.05). Nach dem Referendum hält die SZ an dieser Interpretation fest: „Das französische Nein zeigt vor allem, dass die äußerst unbeliebte Regierung insbesondere den Kontakt zu den einfachen Leuten, also den weniger Qualifizierten und den Niedriglohnbeziehern, verloren hat. Vor allem Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes,

⁸ Nach diesen Kriterien blieben 56 Artikel der FAZ, 43 der SZ, 36 Artikel der *Stuttgarter Zeitung* und 26 Artikel der *Sächsischen Zeitung*.

Arbeitslose und Arbeiter votierten gegen die Eliten und die aus ihrer Sicht übermächtige Bürokratie in Brüssel“ (SZ, 31.05.05). Die *FAZ* spricht von Skepsis gegenüber dem politischen Führungspersonal Frankreichs und einer „Revolte gegen die Verfilzung von Medien und Politik. Ein Protest der unteren Schichten gegen die Eliten der Großverdiener und Meinungsmacher“ (FAZ, 24.05.05).

Die Europäische Union spielt in der Auseinandersetzung mit den Gründen der Verfassungsgegner kaum eine Rolle. Insbesondere die beiden Qualitätszeitungen sind hier zurückhaltend. Lediglich vom Misstrauen der Bürger gegenüber Brüssel (SZ, 20.05.05), einem „sperrigen Verfassungstext“ (SZ, 16.06.05) und mangelnder Verständlichkeit ist die Rede (FAZ, 13.05.05). Die *Stuttgarter Zeitung* und die *Sächsische Zeitung* führen dagegen auch Defizite der europäischen Politik an und zeigen Verständnis für etwaige Ressentiments gegenüber der EU. Nach dem französischen Referendum kommentieren die *Stuttgarter*: „Der für den einzelnen europäischen Bürger undurchschaubare Brüsseler Wasserkopf erzeugt ebenfalls fast zwangsläufig Aggressionen. (...). Sowohl die nationalen Regierungen als auch die Europäische Kommission haben jahrelang über die Köpfe ihrer Bürger hinweg gehandelt. Sie haben jetzt die Quittung erhalten. (...) Das Verhältnis zwischen Nationalstaaten und der EU muss neu überdacht werden. Und die Brüsseler Regelungswut muss ein Ende finden“ (Stuttgarter, 31.05.05). In die gleiche Richtung kommentieren die Kollegen aus Sachsen: „Letztlich ist es auch eine nachträgliche Abstimmung über die noch nicht vollendete Erweiterung der Union und über deren Folgen. Wie dies, so wurde in den letzten Jahren allzu vieles in Brüssel über die Köpfe der Europäer hinweg entschieden – in der stillen Hoffnung, dass die Menschen irgendwann schon verstehen würden, dass man ihnen ja nur Gutes tun will. Das aber ist manchmal durchaus schwer zu verstehen für den EU-Normalbürger. Das ‚Nein‘ der Franzosen sollte also in Brüssel sehr ernst genommen und nicht als innenpolitischer Betriebsunfall abgetan werden“ (Sächsische, 31.05.05).

8. Alle für Europa, vor allem die Qualitätszeitungen

In der Betonung der innenpolitischen Gründe für die französische Ablehnung deutet sich eine Parteinahme zu Gunsten der EU vor allem durch die Qualitätsmedien an. Indem der französische Verfassungsstreit zur Stellvertreterdebatte für eine Palette innenpolitischer Themen erklärt wird, nimmt die Notwendigkeit ab, sich mit der Verfassung oder den Europabildern der Bürger auseinanderzusetzen. Zudem werden die Verfassungsgegner teilweise abwertend beschrieben. Die *FAZ* schreibt, dass „die linke Front der Gegner des Verfassungsvertrags“ den Ausschlag bei der Entscheidung für das Nein gegeben habe (FAZ, 30.05.05) und wirft einigen Politikern vor, bewusst Ängste vor Jobverlagerung und Sozial- und Steuereumping geschürt zu haben (FAZ, 27.05.05). Die *SZ* spricht im Zusammenhang mit den Verfassungsgegnern von einem schrillen Cluster aus allen Ressentiments, in der sich auf Seiten der Linken „Antiamerikanismus, Eurofeindlichkeit, Chirac-Hass und antisemitische Stimmen“ überlagerten (SZ, 31.05.05).

Insgesamt überwiegt in der Berichterstattung der Eindruck, Europa werde lediglich zum Sündenbock gemacht und die Bedenken der Franzosen seien im Grunde unsinnig. „Die Leidenschaft, mit der diese Debatte von den Franzosen geführt wird, überrascht sehr. Welche Haare wurden hier in der Suppe entdeckt, die von den Deutschen bereits klaglos und mit großer Mehrheit aller im Bundestag vertretenen Parteien ausgelöffelt wurde? (...) es findet sich nichts im Verfassungstext, das die Aufregung der Franzosen verständlich machen könnte“ (SZ, 27.05.05). Ein anderes Mal wird die Kritik als „grundlos“ bezeichnet, die Verfassung sei zum „Spielball politischer Kontroversen“ geworden

und um ihre Inhalte rankten sich „Mythen“ (SZ, 19.02.05). Zudem verteidigt die SZ den Verfassungsvertrag mit Vehemenz. Dabei stützt sie sich durchweg auf dessen Inhalte, beispielsweise die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, die Förderung sozialer Rechte durch die Grundrechtecharta oder die verbesserte politische Handlungsfähigkeit durch reibungslose Entscheidungsmechanismen. Auf die Beweggründe der Verfassungsgegner wird nur insoweit eingegangen, als dass die Sorge vor einer Dominanz des Neoliberalismus zurückgewiesen wird (z. B. SZ, 19.02.05; SZ, 06.06.05).

Auch die FAZ lobt die in der Verfassung vorgesehene größere Handlungsfähigkeit, klarere Aufgabenverteilungen und effektive Außenpolitik der Union (FAZ, 29.10.04), hält sich aber insgesamt stärker zurück als die Kollegen der SZ. Diese fordern ihre Leser sogar auf, französische Freunde, Kollegen und Bekannte anzurufen, um die „chers amis“ zu überreden, für die Verfassung zu stimmen. Schließlich gehe die Verfassung „uns alle an“ und „dafür als Deutscher in Frankreich ein gutes Wort einzulegen, ist keine Schande. Bon Courage!“ (SZ, 15.04.05). Vollends deutlich wird die pro-europäische Geisteshaltung der SZ dann in der Enttäuschung über das Nein der Franzosen: „Wer Antworten sucht, stößt auf ein Paradox: Ausgerechnet die Union, die den Menschen in der kalten Ära der Globalisierung etwas Wärme geben könnte, wird zur Projektionsfläche der Globalisierungängste. (...) Ein Rückzug ins nationale Schneckenhaus kann keinen Schutz mehr bringen, sondern nur noch autistische Erstarrung. Nordkorea ist diesen Weg konsequent gegangen“ (SZ, 16.06.05).

Die beiden Regionalzeitungen stimmen mit der SZ und FAZ insofern überein, als dass auch sie die Verfassungsgegner abwerten. Entsprechend der bereits beschriebenen geringeren Aufmerksamkeit für Frankreich mangelt es jedoch, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, an einer intensiven Auseinandersetzung mit den Details der französischen Debatte. Außerdem engagieren sie sich nicht selbst für den Vertrag. Die *Stuttgarter Zeitung* merkt zwar an, dass die gefürchtete Dienstleistungsrichtlinie „mit der EU-Verfassung überhaupt nichts zu tun“ habe und eine Ablehnung der Verfassung die weitere Demokratisierung der EU-Institutionen eher verhindere (28.05.05). Ebenso schreibt auch sie von „links- oder rechtsradikale(n) Demagogen“, von Sozialisten, die sich eine Rückkehr in die 70er Jahre erträumten (30.05.05) und davon, dass die „EU offenbar generell als Sündenbock für die teils unkontrollierte Marktöffnung herhalten muss“ (24.05.05). Die Ablehnung kommentiert sie dann jedoch eher nüchtern: „Es ist schade um die europäische Verfassung. Aber Europa wird auch diese Krise überleben, wie es bisher jede Krise überstanden hat“ (31.05.05).

Die *Sächsische Zeitung* karikiert die Gegner als ein „bunt gemischtes Völkchen junger Linker, Alternativer, Politik-Frustrierter, Gewerkschafter, Anhänger rechts- und linksextremer Gruppierungen sowie Kämpfer der Anti-Globalisierungsorganisation Attac“, die sich „nach dem offenkundigen Motto: Hauptsache dagegen“ zusammenfänden (28.05.05). Die Ablehnung hält sie aber ebenfalls für „keine Katastrophe“, sondern allenfalls für einen „Rückschlag“ (31.05.05). Ein Redakteur der *Sächsischen* plädiert sogar dafür, auch die Deutschen abstimmen zu lassen und zieht eine Verbindung zwischen den Ereignissen in Frankreich und der deutschen Innenpolitik: „Kleinmütig wirkt dagegen das Vorgehen der politischen Elite in Deutschland. Sie hinter dem Grundgesetz zu verschanzen und dem Volk die Mitsprache zu verweigern, war ein kapitaler Fehler. So wächst das Misstrauen gegenüber der EU“ (30.05.05). Zugleich ist er aber dafür, die Franzosen noch ein weiteres Mal abstimmen zu lassen, um die Verfassung doch in Kraft treten zu lassen. Darin zeigt sich eine für die Berichterstattung nicht untypische Ambivalenz, die zwischen einer grundsätzlichen positiven Einstellung zu Europa und wachsendem Misstrauen gegenüber der EU-Politik schwankt.

9. Schlussfolgerungen

Der Vergleich der EU-Berichterstattung verschiedener Zeitungen zeigt, dass es sinnvoll ist, die Forschung zur europäischen Öffentlichkeit um zusätzliche Medientypen zu erweitern. Auch wenn sich in der allgemeinen EU-Berichterstattung viele Merkmale ähneln, zeigen spätestens die Unterschiede bei der Wiedergabe der Verfassungsdebatte, dass die hier untersuchten Regionalzeitungen sowohl in der berichtenden Vermittler- als auch in der kommentierenden Akteursrolle ein anderes Europabild zeichnen als die Qualitätszeitungen. Die Art des Mediums, dessen Ressourcenausstattung sowie die Beschaffenheit des Themas beeinflussen offenbar die Darstellung der Sachverhalte und die Struktur der Berichterstattung.

Insgesamt führen die geringeren Ressourcen der Regionalzeitungen und der damit notwendige Rückgriff auf Agenturmaterial zu einem erwartbaren Kompetenzgefälle zwischen beiden Medientypen. Die Regionalzeitungen berichten seltener aus Brüssel, und die Darstellung der komplexen und schwer zu verstehenden Europapolitik wird dadurch leicht zur farblosen und wenig ansprechenden Pflichtberichterstattung. Während die Attraktivität der journalistischen Arbeit mit Hilfe der Claimsanalyse nicht beurteilt werden kann, lassen sich durchaus Unterschiede in der Art der Berichterstattung finden. Der Fokus der *Stuttgarter* und *Sächsischen Zeitung* ist regionaler beziehungsweise nationaler. Innerhalb der allgemeinen EU-Berichterstattung scheint es ihnen zu gelingen, einen eigenen Blickwinkel zu entwickeln und die lokale Relevanz stärker zu berücksichtigen. Mit der stärkeren Einbindung lokaler und regionaler Sprecher bieten sie damit ein Alternativangebot zu den Qualitätszeitungen, die allenfalls einzelne Ministerpräsidenten zitieren.

Bei einer vorwiegend auf EU-Ebene geführten Auseinandersetzung wie der Verfassungsdebatte ist dieser regionale Bezug jedoch schwer herzustellen und der eigene journalistische Gestaltungsraum kleiner. In erster Linie kommen etablierte Politiker zu Wort, zivilgesellschaftliche Akteure werden kaum noch berücksichtigt. Auch aus dem Ausland werden vornehmlich Staats- und Regierungschefs zitiert. Mit dieser Berichterstattung sind die *Stuttgarter* und die *Sächsische* nicht näher an ihren Lesern, sondern sogar elitenzentrierter und weniger volksnah als die Qualitätszeitungen. Zudem hat die Berichterstattung stärker den Charakter einer kursorischen Auslandsberichterstattung als den einer intensiven Beobachtung der Geschehnisse der europäischen Nachbarn oder der EU. Die Qualitätszeitungen hingegen setzen sich dank verschiedener Länderkorrespondenten intensiv mit divergierenden Positionen innerhalb anderer Länder – hier vornehmlich Frankreich – auseinander und zitieren auch dort Gewerkschaften, Interessensgruppen oder pro- und antieuropäische Aktivisten. Teilweise ziehen *FAZ* und *SZ* die französische Europadebatte sogar den innerdeutschen Querelen vor. Die beiden Regionalzeitungen bemühen sich dagegen stärker, auch innenpolitische Konflikte zu Europa aufzugreifen und lassen beispielsweise Kritik der Opposition an der Verfassung mehr Raum. Hier zeigt sich auch in der Verfassungsdebatte zumindest in Momenten die Rolle der Regionalzeitungen als Medium, das andere Wege sucht als die Prestigezeitungen.

Die Auswahl der Themen, deren Gewichtung sowie die dazugehörigen Deutungen und Kommentierungen sind bei allen Zeitungen ähnlich – sowohl in der allgemeinen Europaberichterstattung als auch in den Artikeln zur Verfassungsdebatte. Die Betrachtung der Argumentationsweisen zeigt zudem, dass beide Zeitungstypen den deutschen Europakonsens grundsätzlich aufrecht halten. Unterschiedlich ist jedoch der Nachdruck, mit dem für Europa Partei ergriffen wird. Während die Qualitätszeitungen, insbesondere die *Süddeutsche Zeitung*, sich engagiert für den Verfassungsvertrag einsetzen und kaum

Kritik an der EU zulassen, positionieren sich die *Stuttgarter Zeitung* und die *Sächsische Zeitung* weniger eindeutig. Sie weisen der Brüsseler Bürokratie und Bürgerferne sogar eine Mitschuld an der Ablehnung der Verfassung zu. Anders als die Qualitätszeitungen nehmen sie auch keine pädagogische Haltung gegenüber ihrer Leserschaft ein, um die Vorteile der europäischen Integration hervorzuheben. Die Redakteure der beiden Regionalzeitungen scheinen vielmehr genauso zwiespältig gegenüber Europa zu sein wie viele ihrer Leser. Zugleich transportieren sie als Vermittler eine mitunter eingeschränkte Darstellung der Akteursvielfalt auf europäischer Ebene und unterstreichen so zusätzlich den Eindruck des „Elitenprojekts Europa“. Als eigenständige Akteure in der Auseinandersetzung treten sie zwar auch pro-europäisch auf, greifen aber zugleich gängige Klischees und Kritik an der EU auf. Die wenigen Bezugnahmen auf Inhalte des Verfassungsvertrags deuten zudem darauf hin, dass es an Kenntnissen über die detailreichen Besonderheiten des europäischen Mehrebenensystems fehlt.

Allgemeine Aussagen über die EU-Berichterstattung und Struktur einer europäischen Öffentlichkeit müssen diese Unterschiede berücksichtigen, wenn sie den Kommunikationsraum Europa umfassend beschreiben wollen. Die hier vorgestellten Befunde deuten darauf hin, dass Regionalzeitungen weniger transnationale Bezüge aufweisen und weniger durchlässig für europäische Sprecher oder gar die europäische Zivilgesellschaft sind. Allzu optimistische Aussagen über die europäische Öffentlichkeit müssen in dieser Hinsicht relativiert werden, zumal zu vermuten ist, dass kleinere Regionalzeitungen noch weniger europäisiert sind als die *Stuttgarter Zeitung* und die *Sächsische Zeitung*. Weitere Studien mit Regionalzeitungen anderer europäischer Länder müssten zudem überprüfen, inwiefern die hier vorliegenden Befunde übertragbar sind. Zudem ist noch offen, ob das vielfach verwendete Kriterium zur Messung von Öffentlichkeit „gleiche Themen zur gleichen Zeit“ zwischen Regionalzeitungen verschiedener Länder erfüllt ist. Ähnliche Forschungslücken bestehen hinsichtlich der Europaberichterstattung von Boulevardzeitungen.

Literatur

- Adam, Silke/Berkel, Barbara (2004): Final case report on communication strategies of the media. The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. Europub.com
- Brüggemann, Michael/Sifft, Stefanie/Kleinen-von Königslöw, Katharina/Peters, Bernhard/Wimmel, Andreas (2006): Segmentierte Europäisierung: Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeit in Europa. In: Wolfgang R. Langenbacher/Michael Latzer (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 214–231.
- de Vreese, Claes H. (2001): ‚Europe‘ in the News. A Cross-National Comparative Study of the News Coverage of Key EU Events. In: European Union Politics, Vol. 2 (3), S. 283–307.
- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen (2002): Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit. In: Berliner Debatte Initial (13) 5/6, S. 79–88.
- EU-Kommission (2006): Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik. KOM (2006) 35, von der Kommission am 1.2.2006 vorgelegt, http://ec.europa.eu/communication_white_paper/doc/white_paper_de.pdf [13.8.2007].
- EU-Kommission (2006a): Eurobarometer 65. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Nationaler Bericht Deutschland Frühjahr 2006, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_de_nat.pdf [13.8.2007].
- Gerhards, Jürgen (2001): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. Vortrag gehalten auf der Tagung „Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa“ im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), 6./7. Juli 2001.

- Grimm, Dieter (2004): Treaty or constitution? The legal basis of the European Union after Maastricht. In: Erik Oddvar Eriksen/John Erik Fossum/Augustin José Menéndez: *Developing a Constitution for Europe*. London: Routledge, S. 69–87.
- IVW (2006): Quartalsauflagen 1/2006, Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., <http://daten.ivw.eu/index.php?menuid=1111&u=&p=&b=a&t=Tageszeitungen+Gesamtlste> [13.8.2007].
- Kepplinger, Hans Mathias (1999): Zeitungsberichterstattung im Wandel. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 195–210.
- Kielmansegg, Peter Graf (2003): Integration und Demokratie (mit Nachwort zur 2. Auflage). In: Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch: *Europäische Integration*, Opladen: Leske+Budrich, S. 49–83.
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul (1999): Political Claims Analysis: Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches. In: *Mobilization. The International Journal of Research in Social Movements, Protest, and Contentious Politics*, Vol. 4, No. 2, S. 203–221.
- Kurp, Matthias (1994): Lokale Medien und kommunale Ethik. Partizipatorische Potentiale des Lokaljournalismus bei Printmedien und Hörfunk. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kurpas, Sebastian/Brüggemann, Michael/Meyer, Christoph (2006): *The Commission White Paper on Communication. Mapping a Way to a European Public Sphere*. CEPS Policy Brief 101, Mai 2006.
- Lacy, Stephen R./Riffe, Daniel/Stoddard, Staci/Chang, Kuang-Kuo (2001): Sample Size for Newspaper Content Analysis in Multi-Year Studies. In: *Journalism and Mass Communication Quarterly* Vol. 78, No. 4, S. 836–845.
- Lauf, Edmund/Peter, Jochen (2004): EU-Repräsentanten in Fernsehnachrichten. Eine Analyse ihrer Präsenz in 13 EU-Mitgliedstaaten vor der Europawahl 1999. In: Lutz Hagen (Hrsg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem, S. 162–177.
- Meyer, Christoph O. (2003): Die Wächterfunktion von europäischer Öffentlichkeit. Das Brüsseler Pressecorps und der Rücktritt der EU-Kommission. In: Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Hans-Jörg Trenz/Ludger Klein/Christian Lahusen/Dieter Rucht (Hrsg.): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, Opladen: Leske+Budrich, S. 231–245.
- Neidhardt, Friedhelm/Eilders, Christiane/Pfetsch, Barbara (1998): Die Stimme der Medien im politischen Prozess: Themen und Meinungen in Pressekommentaren. Discussion Paper FSIII 98–106. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Neller, Katja (1999): Lokale Kommunikation. Politikberichterstattung in Tageszeitungen. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Pfetsch, Barbara/Koopmans, Ruud (2006): Unter falschem Verdacht – Massenmedien und die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland. In: Wolfgang R. Langenbacher/Michael Latzer (Hrsg.): *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 179–191.
- Roose, Jochen (2006): Europäisierte Regionalberichterstattung? Europäische Integration und die Bedeutung von Staatsgrenzen für die Zeitungsberichterstattung. Berliner Studien zur Soziologie Europas, Arbeitspapier Nr. 4, Januar 2006, Berlin: Freie Universität.
- Schulz, Rüdiger (1999): Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften. In: Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*. Köln: Böhlau, S. 401–425.
- Strohmeier, Gerd (2004): *Politik und Massenmedien. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos.
- Tenscher, Jens/Schmidt, Siegmund (2004): „So nah und doch so fern“ – Empirische Befunde zur massenmedialen Beobachtung und Bewertung des europäischen Integrationsprozesses in einer Grenzregion. In: Lutz Hagen (Hrsg.): *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*. Köln: Herbert von Halem, S. 212–237.
- Tobler, Stefan (2006): Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen. Indikatoren einer europäischen Öffentlichkeit. In: Wolfgang R. Lan-

- genbacher/Michael Latzer (Hrsg.): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 107–130.
- Trenz, Hans-Jörg (2002): Zur Konstitution politischer Öffentlichkeit in der Europäischen Union. Zivilgesellschaftliche Subpolitik oder schaupolitische Inszenierung? Baden-Baden: Nomos.
- Trenz, Hans-Jörg (2005): Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeit. Frankfurt: Campus-Verlag.
- Trenz, Hans-Jörg/Vetters, Regina (2006): No News from Brussels: Comment on the Commissions's White Paper on a European Communication Policy. In: European Newsletter März/April 2006. The Federal Trust for Education and Research.
- Van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU. In: Ansgar Klein/Ruud Koopmans/Hans-Jörg Trenc/Ludger Klein/Christian Lahusen/Dieter Rucht (Hrsg.): Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen: Leske+Budrich, S. 169–190.
- Van de Steeg, Marianne (2004): Does a Public Sphere Exist in the EU? An Analysis of the Content of the Debate on the Haider-Case. EUI-Working Paper SPS No. 2004/2005, Florenz: European University Institute.